

Der Blattmacher empfiehlt



Christian Dorer

Darf ein Journalist, darf eine Zeitung eine Einladung annehmen? Oder ist man dann nicht mehr objektiv, gekauft gar? Diese Frage haben wir uns gestellt, als der russische Staat uns auf eine Informationsreise nach Moskau eingeladen hat. Wir haben zugesagt – unter der Prämisse, dass wir alles fragen werden, was uns interessiert, dass wir alles schreiben werden, was wir erlebt haben, und dass wir transparent machen, wie die Reise zustande gekommen ist. Lesen Sie rechts die eindrückliche Reportage aus Moskau von Dennis Bühl und Antonio Fumagalli!

Frage des Tages

Befinden wir uns in einem Propagandakrieg mit Russland?

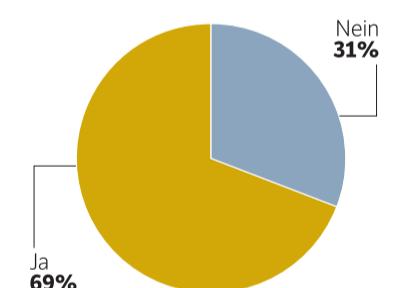
Ja Nein

Stimmen Sie online ab unter www.aargauerzeitung.ch
www.bbbase.ch
www.baselandschaftliche.ch
www.solothurnerzeitung.ch
www.grenchneratblatt.ch
www.limmattalerzeitung.ch
www.lntertagblatt.ch

«Die Umfrage finden Sie online über die Such-Funktion mit dem Stichwort «Tagesfrage».
Das Ergebnis erscheint in der nächsten Ausgabe.

Ergebnis letzte Tagesfrage

Wir haben gefragt: Macht Fastfood dumm?



Video des Tages

www.aargauerzeitung.ch/mediathek/videos



Wegen Vogelgrippe: Mit dem Wildhüter auf Kontrollrundgang.

REZEPT DES TAGES

Präsentiert von Annemarie Wildeisen

Quittenkompott mit Rosenwasser

Ergibt 2 Gläser von 5 dl Inhalt:
 1 kg Quitten
 0,5 dl Zitronensaft
 0,5 Vanilleschoten
 5 Kardamomkapseln
 4 dl Wasser oder Apfelsaft
 100 g Zucker
 0,5 dl Rosenwasser

Bestellen Sie jetzt via SMS ein Schnupperabo mit 3 Ausgaben für 12 Franken:
 SMS mit SCHNUPPER + Name und Adresse an 919 (20 Rp./SMS) oder Online-Bestellung unter www.wildeisen.ch/schnupperabo www.wildeisen.ch/suche/rezepte

Propagandareise nach Moskau

Russische Regierung führt Informationskrieg gegen den Westen



Gruppenbild auf dem Roten Platz: Die vom russischen Präsidenten eingeladenen jungen Journalistinnen und Journalisten.

FOTOS: ALEXANDER KOLCHIN/ROSSOTRUDNICHESTVO



Die Kommandozentrale von «Sputnik».



Antonio Fumagalli (l.) und Dennis Bühl am Radiomikrofon.



Die Nachrichtenagentur «Sputnik».

Wie Putins Medien den Glauben an die Wahrheit zersetzen

Auf Einladung der russischen Regierung lernten unsere Reporter in Moskau, westlichen Mainstream-Medien zu misstrauen.

Putin-Versteher? Oder wollen sie uns beherrschen? Unsere Fragen bleiben unbeantwortet. Andrej hatte nur gesagt, dass man ihn beauftragt habe, keine Auslandredaktionen zu rekrutieren, weil deren Bild von Russland in aller Regel negativ und festgefahren sei.

Nach der Touristentour werden wir im Herz des russischen Medienapparats geführt. Die Nachrichtenagentur Sputnik nimmt sich für Anspruch, über Themen zu berichten, die andere verschweigen. Auf Englisch klingt das noch knackiger: «Sputnik - telling the untold.» Von 130 Standorten in 34 Ländern informieren die Agentur und die zugehörigen Radiokanäle in 30 Sprachen, darunter auch auf Deutsch. «Klar machen wir Propaganda», sagt Anton Anisimov, der Auslandchef von Sputnik. «Aber glaubt ihr ernsthaft, die Nachrichtenagenturen Reuters und AP und die international ausgerichteten Medienmarken BBC, CNN, Al-Jazeera und Deutsche Welle würden objektiv berichten?»

Haben wir in der Vergangenheit aufallend positiv über Russland berichtet? Gelten wir der russischen Botschaft in Bern als

Wladimir Putin höchstpersönlich verlasste die Gründung von Sputniks Mutterkonzern, Rossija Sewodnjja («Russland Heute»), im Dezember 2013. Ein paar Monate später beförderte der Präsident den Medienkonzern - wie die Rüstungsfirmas Klascnikow - in die Gilde der Unternehmen mit «strategischer Bedeutung für die Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit des Staates sowie für den Schutz der Moral, des Gesundheit, der Rechte und legitimen Interessen der Bürger». Sein Ziel: Sputnik und der ebenfalls weltweit operierende TV-Sender RT (Russia Today) sollten das «angelsächsische Monopol in der globalen Informationsverteilung brechen».

Schutzschild des Vaterlands
 Versuchten die international operierenden staatlichen russischen Medien früher, mit positiven Nachrichten aus Russland ein positives Bild ihres Landes zu vermitteln, vollzogen sie auf Geheiss des Kremls nach dem Georgien-Krieg 2008 eine Kehrt-

wende: Statt das eigene Land schönen zu färben, wandten sie sich nun dem Ausland zu. Seither ist russische Innenpolitik nur noch selten Thema. Stattdessen berichten die Journalisten von Sputnik und RT, die in aller Regel gar keine Russen sind, über die Politik der Zielländer.

An der Spitze von Rossija Sewodnjja steht mit Dmitrij Kisseljow der einzige russische Journalist, der im Rahmen der Krim-Krise auf die auch von der Schweiz mitgetragenen EU-Sanktionsliste gesetzt wurde. Seit zweieinhalb Jahren sind ihm Reisen nach Europa untersagt, weil er «eine zentrale Figur der Regierungspropaganda» sei, wie es in der Begründung Brüssels heißt. Wie sein Auslandchef Anisimov hält Kisseljow Objektivität für einen Mythos. «Mit unserer Arbeit verteidigen wir uns gegen die Lügen des Westens», sagt der 62-Jährige. «In gewisser Weise sind wir der Schutzheld unseres Vaterlandes.»

Im Westen fällt die russische Strategie auf fruchtbaren Boden. Überall befinden sich die Medien in einer Vertrauenskrise. In Deutschland etwa stimmen vor einem Jahr in einer repräsentativen Umfrage 44 Prozent der Aussage zu, die «von oben ge-steuerten Medien» würden «nur geschönte und unzutreffende Meldungen» verbreiten. Die Überzeugung, die «Lügenpresse» verschweige die Wahrheit, ist Mainstream geworden - und beinahe mehrheitsfähig.

Auch bei uns Jungjournalisten wächst während des Workshops die Verunsicherung. Warum stützen die westlichen Medien ihre Berichte nur auf ihre Regierungen, wieso lassen sie ausschliesslich westliche Experten zu Wort kommen? Hat diese Einseitigkeit System oder haben unsere russischen Kursleiter bloss ein perfektes Beispiel gewählt, weil sie Journalismus in überblickbaren Kriegssituationen wie in Aleppo und Mossul fast nur «embedded» - sprich im Schutze einer Armee - betrieben werden kann und so notgedrungen einen Blickwinkel einnimmt? «Das ist ein Informationskrieg», warnte der litauische Außenminister Linas Linkevičius vor anderthalb Jahren. «Und wir verlieren ihn.»

Lesen Sie morgen:
 Wie das russische Aussendepartement mit Kritik umgeht, wie die EU zur Gegenpropaganda ausholt und was passiert, wenn man sich einen ganzen Tag lang nur bei Sputnik und RT über das Weltgeschehen informiert.

Wahrheit gibt es nicht

Uns Nachwuchsjournalisten aus aller Welt wird im Hauptquartier von Rossija Sewodnjja eine Aufgabe gestellt: Auf Newsportalen sollen wir vergleichen, wie russische und wie westliche Medien in den vergangenen Wochen über die Kriegshandlungen im syrischen Aleppo und in der irakischen Stadt Mossul berichten.

Besonderes Augenmerk sollen wir dabei auf die Quellen legen, die einem Artikel zugrunde liegen, und auf die Frage, ob lediglich eine einzige oder ob mehrere Sichtweisen präsentiert werden. Schnell zeigt sich: Während sich Sputnik, RT und weitere englischsprachige russische Medien primär auf Angaben der eigenen Regierung stützen, zitieren westliche Nachrichtenagenturen und Qualitätszeitungen primär US-amerikanische Sprecher und Experten. Das Fazit unserer Kursleiter: Objektivität und Wahrheit gibt es nicht, weil jede Information immer von einem Abseiter mit Eigeninteressen stammt und gefiltert weitergereicht wird.

Entsprechend geht es weder der russischen Regierung noch den russischen Medien darum, einen mit dem Westen ausgegrungenen Kampf um die Wahrheit zu gewinnen. Stattdessen wollen sie Zweifel sä- fügenden Köpfen bei den Protesten nach den russischen Parlamentswahlen 2011 – den grössten Demonstrationen in der Amtszeit von Präsident Wladimir Putin. Am 27. Februar 2015 wird Ryschkows Mitstreiter Nemzow auf einer Brücke in Sichtweite des Kreml durch vier Schüsse in Rücken und Hinterkopf getötet. Die Tat bleibt bis heute unaufgeklärt. Seither, sagt der 50-jährige Ryschkow, sei er sich der Risiken seiner Oppositionsrolle noch mehr bewusst. (DBU)

«Unser Land spielt eine aggressive und unvorhersehbare Rolle»

Wladimir Ryschkow, Ex-Duma-Abgeordneter, lebt als Oppositionspolitiker. Er erklärt, welche Absichten die russische Regierung mit der Pressereise für Journalisten verfolgt.

VON ANTONIO FUMAGALLI

Herr Ryschkow, überrascht es Sie, dass Russland rund 30 junge Journalisten nach Moskau eingeladen hat, um seine Sicht der Weltpolitik darzulegen?

Wladimir Ryschkow: Nein, überhaupt nicht. Die Differenzen mit dem Westen sind derzeit so gross wie nie seit dem Zusamenbruch der Sowjetunion, Russland fühlt sich isoliert. Gründe hierfür sind die Annexion der Krim und der Krieg in der Ukraine. Die russische Regierung weiß, dass ihr Image im Westen schlecht ist, und ist bestrebt, dieses zu ändern. Darum jetzt dieser Workshop.

In der Tat sieht der Westen die Regierung von Wladimir Putin als kahnhaft realpolitisch agierendes Regime mit Expansionstendenzen. Zu Unrecht?

Mit der Krim-Annexion brach die Regierung mit internationalen Verpflichtungen, die sie eingegangen war. Mit dem hybriden Krieg in der Ukraine genauso. Unser Land spielt in der Weltpolitik eine aggressive und unvorhersehbare Rolle.

Was ist letztlich das aussenpolitische Ziel Russlands?

In Bezug auf Westeuropa will es die EU destabilisieren. Etwa, indem es Parteien unterstützt, die für eine Desintegration Europas kämpfen wie den Front National in Frankreich oder Ukip in Grossbritannien. Letztlich aber geht es um das post-sowjetische Gebiet: Russland will verhindern, dass eine starke EU ihren Einfluss auf diese Staaten weiter ausübt.

Darum diese Informationsoffensive mit der Lancierung von russischfreundlichen Medienunternehmen im Westen?

Ja, das ist eine ganz bewusst gewählte Strategie der russischen Regierung. Sie weiß, dass sie im Westen viele Unterstützer hat, und versucht, diese mit staatlich finanzierten Medien zu erreichen. Man kann dies aktuell zum Beispiel bei den Präsidentschaftswahlen in Bulgarien und Moldawien beobachten.

Die Organisatoren unseres Trips sagten, es sei Zufall, dass praktisch keine Journalisten aus dem Westen dabei waren.

WLADIMIR RYSCHKOW

Oppositionsführer und Putin-Kritiker

Als jüngster Parlamentarier wird Wladimir Ryschkow 1993 in die Duma gewählt, in der er bis 2007 für unterschiedliche Parteien Oppositionspolitik betreibt. Dann wird seine liberale Republikanische Partei durch einen Beschluss des Obersten Gerichtshofs Russlands aufgelöst, weil sie angeblich die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestvoraussetzungen für eine Partei nicht erfüllt. Erfolgreich klagt Ryschkow beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg gegen dieses Urteil. Statt die alte Partei wieder zu aktivieren, gründet Ryschkow gemeinsam mit Boris Nemzow die Partei der Volksfreiheit (Parnas) und ist einer der führenden Köpfe bei den Protesten nach den russischen Parlamentswahlen 2011 – den grössten Demonstrationen in der Amtszeit von Präsident Wladimir Putin. Am 27. Februar 2015 wird Ryschkows Mitstreiter Nemzow auf einer Brücke in Sichtweite des Kreml durch vier Schüsse in Rücken und Hinterkopf getötet. Die Tat bleibt bis heute unaufgeklärt. Seither, sagt der 50-jährige Ryschkow, sei er sich der Risiken seiner Oppositionsrolle noch mehr bewusst. (DBU)

vergangenen 25 Jahren wurden dutzende Journalisten getötet.

Inwiefern hat das alles mit der Person von Präsident Wladimir Putin zu tun?

Sehr direkt. Das begann vor fünfzehn Jahren, als er an die Macht kam. Wie wir es aus anderen autokratischen Regimes kennen, ist die Kontrolle über die Medien ein zentrales Element seines Machterhalts. Putin hat eine Art Sowjetsystem aufgebaut: ein Leader, eine Partei, keine echte Konkurrenz, ein staatlich kontrolliertes Wirtschaftssystem.

Ist Russland gefährlich für den Westen? Droht ein neuer Kalter Krieg?

Nein. Dafür ist Russland wirtschaftlich schlaff zu schwach. Nur 1,5 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts werden in Russland erwirtschaftet. Mit den USA, China und der EU kann es Russland nicht aufnehmen.

Sie sind selbst Oppositionspolitiker. Wie frei sind Sie?

Es ist in der Tat ein schwieriges Unterfangen, ich nehme Risiken auf mich und bin dauerndem Druck ausgesetzt. Ein Beispiel: Letztes Jahr habe ich eine internationale Konferenz mit Teilnehmern aus Westeuropa organisiert. In ganz Moskau wollten wir kein Hotel aufnehmen. Wir mussten in eine andere Stadt umsiedeln, könnten die Konferenz aber auch dort nicht wie geplant abhalten.

Fürchten Sie manchmal um Ihr Leben?

Derzeit nicht. Aber als der führende Oppositionelle Boris Nemzow umgebracht wurde, hatte ich Angst, ja.

Unsere Touristenführerin sagte, Moskau sei die schönste Stadt der Welt. Sind Sie einverstanden?

Ganz und gar nicht. Moskau ist mit seinen zwölf Millionen Einwohnern zu gross. Das schafft eine ganze Reihe von Problemen, insbesondere was den Verkehr und die Umweltbelastung angeht. Die Infrastruktur ist schlecht und die Lebenshaltungskosten sind für viele Leute kaum bezahlbar. Moskau ist definitiv nicht die beste Stadt der Welt.



SERGEJKUPHNFUTTERS